Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 103 (2009)

Heft: 1

Artikel: Die Akte Karl Barth : Zensur und Überwachung im Namen der

Schweizer Neutralität 1938-1945

Autor: Busch, Eberhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390021

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eberhard Busch

Die Akte Karl Barth

Zensur und Überwachung im Namen der Schweizer Neutralität 1938–1945

* Vor vierzig Jahren starb der weltberühmte Theologe und religiöse Sozialist Karl Barth. Die Neuen Wege erinnern an ihn mit dem Abdruck der gekürzten Fassung des Vortrags, den der bekannte Barth-Forscher Eberhard Busch anlässlich des Erscheinens des Buches «Die Akte Karl Barth. Zensur und Überwachung im Namen der Schweizer Neutralität 1938-1945» in Zürich-Seebach gehalten hat. Das Buch handelt von der Gefahr einer heimlichen Anpassung der Schweizer Regierung an den Hitlerstaat, der Karl Barth im Wege stand. Auf dem Einband ist der 55-jährige HD-Soldat Karl Barth im Kreis von Kameraden zu sehen. Ein Foto, das Barth dem allzu friedlich gesinnten Bischof Bell von Chichester mit der Widmung «Resist the evil at all means» zusenden wollte. Das Bild erreichte sein Ziel nicht; vielmehr lieferte die Postzensur den Brief im Bundeshaus zu Bern ab. Busch zeigt in diesem bedeutenden Buch einen Theologen, der sich nicht vor den politischen Konsequenzen seiner Theologie gedrückt hat und wirft gleichzeitig einen Schatten auf die schweizerische «neutrale» Regierung, die mit dem politischen Theologen Barth ihre liebe Mühe hatte.

1. Aus der Zeit vor dem 2. Weltkrieg

Der Schweizer Karl Barth war seit 1930 Theologieprofessor in Bonn. Bald nach der Macht-Ergreifung Hitlers meldete der Schweizer Gesandte, deutsche Stellen hätten Barth nahegelegt, das Land zu verlassen wegen seiner Kritik am Hitler-Regime. Im Herbst 1934 wurde er als Bonner Professor abgesetzt. Darauf schrieb der Schweizer Gesandte nach Bern: Barths Haltung habe selbst unter Bekennern gegen eine Anpassung an die neue Zeit «Befremden und Unruhe» ausgelöst, aus Furcht, ihr rein innerkirchlich gemeintes Bekennen könne als politischer Protest gegen den Hitlerstaat missverstanden werden. Im Aussenministerium Berlin legte man zur selben Zeit einen Artikelaus dem Berner Tagblatt zu den Akten. Darin heisst es: «Karl Barth ist von seinem Amt suspendiert. Dem Vernehmen nach bemühen sich andere Länder darum, Barth für sich zu gewinnen. Hoffentlich [lässt] ganz besonders Bern sich diese einzigartige Gelegenheit nicht entgehen. Die betreffende Theologenfakultät würde damit in kürzester Frist zu der bedeutendsten der ganzen protestantischen Welt emporsteigen.»

Ende 1934 gab es wegen Barths Absetzung einen Gerichtsprozess. Laut dem Schweizer Gesandten erklärte dabei der Richter: Die Behauptung, Barth sei wegen seinem Nein zum Eid auf Hitler entlassen worden, ist «unzutreffend». Er wurde entlassen wegen «politisch bedenklicher Äusserungen», und seiner öffentlichen Aufforderung zu einem Protest gegen die Verhaftung von Oppositionellen und gegen die Verachtung der Juden. Daraufhin war in der Berner Tagwacht zu lesen: Für Barth seien nun doch die Türen in Bern geschlossen. Man habe ihn hier ja schon 1927 abgewiesen, wegen seinem Satz in einem frühen Vortrag, der Staat sei das apokalyptische Tier aus dem Abgrund. 1927 hatte er dazu bemerkt, die Benutzung dieses Satzes gegen ihn sei «ein grober Unfug». Seither hatte er klargestellt: Der *Rechtsstaat* ist *kein* «Tier aus dem Abgrund». Trotzdem wurde jener Satz noch 1941 von Regenten in Bern gegen ihn verwendet – wohl, um *sich* zu beweisen, dass er von Politik nichts verstehe.

Doch aufgrund der Bemühung zweier Basler Politiker, beide Atheisten, kam Barth 1935 auf einen ausserordentlichen theologischen Lehrstuhl in Basel. Zugleich setzte ihn die Basler Regierung als Leiter des Basler Hilfswerks für aus Deutschland vertriebene Gelehrte ein, wie noch 1938 das deutsche Konsulat in Basel nach Berlin meldete, und es setzte hinzu, derselbe Barth habe seit 1935 «in Wort und Schrift gegen Deutschland gehetzt». In dieser Zeit erhielt Berlin auch einen Artikel der NZZ: Barth wendet sich gegen die Zumutung der deutschen Regierung an die Kirche, nicht nur Gott, sondern auch dem deutschen Volkstum gehorsam zu sein. In der Tat hatte Barth in den Basler Nachrichten geschrieben: Gegenüber der für die Kirche verlockenden Zumutung könne sie nicht genug davor gewarnt werden, zwei Herren untertan zu sein. Darin lag die Wurzel eines Konflikts, den der deutsche Gesandte in Bern, Ernst von Weizsäcker, 1935 nach Berlin meldete: Es gab in der Schweiz «Zustimmung, solange Karl Barth als Rufer im Streit die deutsche Bekenntniskirche führte, Ablehnung aber, sobald er in der Schweiz seinen Standpunkt vertrat.»

2. Die Schweiz während des Krieges

Weil die Kirche Gott mehr gehorchen muss als den Menschen nahm Barth das so genannte «politische Wächteramt der Kirche» ernst. Dadurch geriet er während des Zweiten Weltkriegs in Konflikt mit der Schweizer Regierung. Sie suchte mit Macht seine Worte zum Zeitgeschehen zu unterbinden. Der in Bern den Kampf gegen ihn zur Chefsache machte, war Bundesrat Eduard von Steiger, sein Duzkamerad aus Schulzeiten im Freien Gymnasium Bern.

Die Schweiz galt auch in der Hitler-Zeit als neutrales Land. Über die Bedeutung ihrer politischen Neutralität gab es jedoch verschiedene Ansichten. Für Hitler war dieser Zustand ein Glücksfall. Die geplante militärische Eroberung der Schweiz schob er auf. Er sah, dass er von einer von den Achsenmächten eingeschlossenen neutralen Schweiz grössere Vorteile hatte als von einem mit Krieg überzogenen Alpenland. Die neutrale Schweiz bot ihm ja willkommene Zulieferungen für seinen Krieg gegen «die» Welt und speziell gegen die Juden. Der Schweizer Bundesrat, vorab der Vorsteher des politischen Departements, Pilet-Golaz, und der des Justiz- und Polizeidepartements, von Steiger, standen laut dem deutschen Gesandten in Bern im Herbst 1938 gegen die «krankhafte Kritik» der öffentlichen Meinung am deutschen Nazitum. Sie verstanden unter Neutralität die Bemühung, die Schweiz fast um jeden Preis herauszuhalten aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Regierung war bereit, dafür deutschen Wünschen weit entgegen zu kommen. So lieferte die Schweiz kriegswichtiges Material an den nördlichen Nachbarn. Sie anerkannte den «J»-Stempel in den Pässen von Juden, um sie gleich an der Grenze abweisen zu können. Sie erlaubte deutsche Transporte durch den Gotthard. Und sie öffnete sich in voreiligem Gehorsam der Revolutionsmethode Hitlers. Demnach kann man in einem Volk willkürlich herrschen, wenn zuvor alle Kritiker stillgesetzt werden. Die Vertreter der Bundesregierung haben durch ihr Entgegenkommen gegenüber den Forderungen Hitlers das Land so regiert, dass Karl Barth keinen Unterschied sah zwischen der Berner und der französischen Vichy-Regierung.

Und so hielt er die bundesrätliche Auslegung der Schweizer Neutralität für fatal. Er stiess sich an der *Geheimhal*tung, mit der der Bundesrat sein weites Entgegenkommen gegenüber den deutschen Wünschen versteckte. Dadurch Eberhard Busch (Hg.): Die Akte Karl Barth. Zensur und Überwachung im Namen der Schweizer Neutralität 1938–1945, TVZ, Zürich 2008. werde die angebliche Neutralität von seiner Seite verletzt. Zugleich rieb Barth sich an der behördlichen Überwachung der freien Meinungsäusserung und an der Art, diese Überwachung als nichtexistent zu behaupten. Barth stellte dem entgegen: Mit der so verstandenen Neutralität mache der Bundesrat es den Bürgern unverständlich, warum das Land bei einem deutschen Überfall zu verteidigen sei. Neutralität heisse doch nicht eine von der Regierung vorgeschriebene Gleichgültigkeit gegenüber dem Gegensatz zwischen der Völker mordenden deutschen Aggression und dem alliierten Widerstand dagegen. Schweizer Neutralität müsse heute heissen: unter den Bedingungen der Neutralität einzutreten gegen jene Aggression und für einen demokratischen Staat.

Reaktionen auf drei Vorträge Barths

Die offiziellen Stellungnahmen zu Barth erfolgten 1940/41 als *Reaktionen* auf drei seiner Vortragsschriften. Als sich Anfang 1940 die deutsche Aggression gegen Polen richtete und als Hitler noch einen Freundschaftspakt mit Stalin schloss, hielt Barth den ersten Vortrag im Kanton Bern, und zwar unter dem vom Synodalrat gestellten Thema «Des

Karl Barths Werk ist in seiner Grösse und Vielschichtigkeit für Laien nur schwer zugänglich. Nicht selten kommen dabei den aufgeklärten und säkularen LeserInnen seine steile Offenbarungslehre und sein leidenschaftlicher Stil in die Quere. Dass es sich trotzdem lohnt und dass Barth im Kanon der modernen Theologie und erst recht der politischen Theologie unverzichtbar bleibt, belegen zwei kleine und schmale Bücher, die beide rechtzeitig zum vierzigsten Todestag erschienen sind: Dick Boer: Ein ganz anderer Gott. Das Lebenswerk Karl Barths, Erev-Rav-Hefte, Wittingen 2007. Eberhard Busch: Karl Barth – Einblicke in seine Theologie, Vandenhoek und Ruprecht, Göttingen 2008.

Christen Wehr und Waffen». Er tat es in Auslegung von Eph. 6 über die geistliche Waffen-Rüstung. Die Rede von einem Endkampf um Sein oder Nichtsein, in dem uns Gott doch schon den Sieg gegeben hat durch Christus. Ein fernes Abbild sei der gegenwärtige Krieg, keiner gegen «das Tier aus dem Abgrund», aber gegen eine vorläufige Herrschaft «der bewussten Lüge, des absichtlichen Unrechts, der grundsätzlichen Menschenverachtung und Menschenvergewaltigung». In der Abwehr dieser «Revolution des Nihilismus», wie Barth mit Hermann Rauschning sagt, habe die Schweiz ihre Grenze zu verteidigen, als Zeichen der Hoffnung auf «ein freies Europa».

Sobald dieser Vortrag gedruckt war, erregte er einen Sturm in den Berner Amtsstuben und darüber hinaus. Barth nannte darin Hitler einen «kranken Mann», was im Druck unleserlich gemacht wurde. Die Militärjustiz-Stelle wünschte ein gänzliches Verbot seiner Schrift, wegen Barths «äusserst scharfer Verurteilung des Nationalsozialismus» und wegen seiner Hoffnung «auf einen Sieg der Alliierten». Zugleich versandte die deutsche Gesandtschaft an Schweizer Pfarrhäuser ein wüstes Pamphlet des Göttinger Theologen Emanuel Hirsch: «Karl Barth, das Ende einer theologischen Existenz.» Daraufhin bezeichnete Oberst Iselin Barths Schrift als «unanständig» und verwandte sich für die Freigabe von Hirschs Schrift.

Die Reaktionen wurden noch nervöser, als die deutsche Streitmacht im April Norwegen, im Mai Holland und Belgien und im Juni grosse Teile Frankreichs besetzte. Da hielt Barth im November 1940 einen weiteren Vortrag, dessen Druck noch mehr Staub aufwirbelte: «Unsere Kirche und die Schweiz in der heutigen Zeit.» Darin heisst es: Die zur Insel gewordene Schweiz sei stark bedroht, zumal sie durch ihre Regierung verwirrt statt regiert werde. Aber sie müsse und sie könne sich ver-

teidigen: Sie stehe für eine «Gemeinschaft, in der es Freiheit gibt» und eine «Freiheit, die der Gemeinschaft dient». Damit sei sie ein Licht, das «um der Zukunft aller Völker willen brennen muss». Standhalten könne das Volk allein im Glauben an den einen, wahren Gott, der den Falschglauben an den Falschgott in dem anderen Land demaskiere. Dieser Gott sei stark für die Schwachen. Und «wir können uns in das heutige Weltreich darum nicht fügen, weil wir das Heil Gottes, das nun einmal zu den Juden und von den Iuden zu uns gekommen ist, nicht von uns stossen und weil wir von da aus die ganze übrige Unmenschlichkeit dieses Weltreichs nicht mitmachen können.»

Der Präsident der Buchhändler schrieb: Diese Schrift gehört «in die Hände aller Schweizer», und schnell wurden Tausende Exemplare verkauft. Aber dann wandte sich Oberst Schumann an die Sektion Buchhandel: «Diese Schrift muss verboten werden.» Sofort forderte der Vertreter der deutschen Gesandtschaft Freiherr von Bibra: die Schrift müsse endlich aus den Buchläden verschwinden. Gleichen Tags forderte die NSDAP in Berlin davon fünf Exemplare an und noch eines für den Stab des Führerstellvertreters. Der Überwacher der Publikationen in der Schweiz, Herbert Lang, protestierte jedoch gegen die deutsche Forderung nach einem Verkaufsverbot der Schrift in der Schweiz - angesichts der von Deutschland in die Schweiz geschafften Riesenmenge von Propaganda-Texten. Doch vergebens. Der Schweizer Bundesanwalt nannte Barths Schrift «ein politisches Pamphlet», und Pilet-Golaz meinte: Aus Rücksicht auf Deutschland sei nun doch eine Vorzensur für Schriften wie die von Barth nötig. Zur selben Zeit teilte der Vertreter der deutschen Gesandtschaft, von Bibra, dem Aussenministerium in Berlin Erstaunliches mit: Herr von Steiger habe ihm vertraulich von einem gegenwärtigen «Machtkampf» zwischen

Bundesrat und General um die Leitung der Prüfungsstelle von Druckschriften berichtet; zu deren «Übernahme» sei *er* «gern bereit», um der «deutschfeindlichen Schreibweise... Einhalt zu gebieten».

Am 29. April 1941 wurde von Steiger aktiv. Er schrieb an die Polizeidirektoren der Kantone: Es gelte, strikt die Schweizer Neutralität (Neutralität im Sinn der Regierung) zu wahren, die durch Barths Vorträge verletzt sei. Dabei unterschlug er, in welch grossem Mass die offizielle Schweiz dem deutschen Reich unter die Arme griff. Vielmehr rüstete er sich für einen großen Schlag gegen Barth, indem er sich Unterlagen bringen liess über jene Nichtberufung Barths 1927 nach Bern wegen dessen 1919 gezeigter pazifistischer Neigung. Er wollte beweisen, dass einem, der derart seine ethischen Parolen wechsle, nicht zu trauen sei. Einen Monat später wandte er sich direkt an Barth: Sein Vortrag sei kein theologischer, sondern ein politischer, und davon verstehe er nichts. Von Steiger berief sich dafür auf eine Zweireichelehre: «Wir erlauben uns keine Einmischung in theologische Dinge»; dort könne Barth ja sagen, was er wolle. Aber er sei nicht dazu berufen, «durch politische Vorträge, wenn auch (in kirchliches Gewand gehüllt), die Aufgaben (...) des schweizerischen Staates zu verfechten.» Barth antwortete an von Steiger: er werde fernerhin tun, «was ich im Interesse der Stärkung der schweizerischen Widerstandsbereitschaft im Rahmen meiner besonderen (...) Aufgabe für geboten halte.»

Inmitten des Lärms über den zweiten Vortrag hielt Barth im Juli 1941 und bald nach dem deutschen Angriff nun auf Russland einen dritten Vortrag, zur 650-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft unter den Anfangsworten der Bundesverfassung: «Im Namen Gottes, des Allmächtigen.» Die Schweiz befinde sich zwar nicht im Krieg. Aber sie habe schon jetzt Widerstandzuleisten: durch Schutz

der wirtschaftlich Schwachen, durch Einbezug der Sozialdemokraten in die Regierung, durch Wahrung der Presseund Redefreiheit, durch Asylgewährung für Gegner und Opfer des NS-Staates und durch Aufdeckung der enormen Schweizer Hilfe zur Finanzierung des deutschen Krieges. Beim letzten Punkt deckte Barth den Geheimplan des nun im Berliner Aussenamt tätigen Ernst von Weizsäcker zur «stillen Annexion der Schweiz» auf. Der Drucktext dieses Vortrags wurde sofort verboten, dies $mal \, nicht, weil \, \textit{Deutschland} \, protestierte.$ Aus Angst vor den deutschen Nazis begann man Ähnliches wie sie zu tun.

Doch weil der Druck schon vor dem Vortrag erfolgte, wurden einige tausend Exemplare verkauft. Mancherorts beschlagnahmte die Polizei die Hefte von Haus zu Haus. Eine Berta Wagner, Kurzwaren-Händlerinin Winterthur, machte bis ins Bundeshaus hinauf von sich reden, weil sie mit Schweijkscher Pfiffigkeit ihr Exemplar dem Zugriff entzog. Die PTT stufte den Druck als «staatsgefährliches Material» ein, das sofort aus dem Verkehr zu ziehen sei. Faktisch konnte Barth seither nichts mehr an kritischen Kommentierungen zur politischen Lage in der Schweiz veröffentlichen. Ja, kaum war von Steiger die Telefonüberwachung übertragen, wandte er sie gegen Barth an. Als der Kirchenbundspräsident Alphons Koechlin von der Überwachung erfuhr und beim Bundesrat deswegen nachfragte, beschloss man, ihm einfach nicht zu antworten. Dafür begann man zu suchen, wo die undichte Stelle im Regierungsapparat sei.

4. Eine Schweizer Stimme via Ausland

In dem Moment, in dem Barth in die Enge gedrängt war, öffnete sich ihm ein Weg, um nach England und von dort her zu anderen Ländern reden zu können. Das dortige Informations-Ministerium verbreitete seine Sendschreiben. Der Erzbischof von Canterbury löste am 31. Juli 1941 in Bern eine Verlegenheit aus, als er einen Gruss zum 650. Jahrestag der Eidgenossenschaft zum Anlass nahm, um zu sagen: «Wir schätzen uns glücklich, dass die Botschaft des verehrten Schweizer Theologen Karl Barth an die Christen Grossbritanniens gerade in diesem Augenblick veröffentlicht wird.» Oberst Plancherel im Armeestab veröffentlichte den Text unter Auslassung dieses zentralen Satzes. Als diese Textfassung schon veröffentlicht war, ordnete von Steiger an, den Gruss ganz verschwinden zu lassen.

Erneut gab es einen Eklat, als der Schweizer Abhördienst im April 1942 mitteilte: Barth habe via Londoner Rundfunk zu den Christen in Norwegen gesprochen. Vermittelt durch den norwegischen Gesandten in der Schweiz, Finn Koren, sagte Barth darin die steilen Worte: In der «Gemeinschaft dessen, der als der Messias Israels der Heiland der ganzen Welt ist» denken wir «mit Sorge an die, die euch verfolgen: sie sind zu beklagen; ihr seid es nicht.» Von Steiger erklärte dazu, er wolle dergleichen definitiv verhindern, schrieb aber ratlos an Pilet-Golaz, wie wohl «Barth solche Reden nach England übermittelt». Als ihm der deutsche Protest bekannt wurde, «dass Herr Barth trotz der zahlreichen Vorstellungen der Gesandtschaft heute noch gegen das Reich hetzen kann», las von Steiger darin einen Rat, wie er Barth endlich stoppen könne: Der stehe doch als Schweizer Bürger «in einem öffentlich rechtlichen Dienstverhältnis zu einem Kanton». Und flugs zog das Basler Erziehungsdepartement Barth zur Rechenschaft, und die Kuratel der Universität verwarnte ihn, er versäume hier seine Aufgaben in Lehre und Forschung. In einem abgehörten Telefongespräch sagte Barth dazu: «Ich denke nicht daran, mich daran zu halten.»

Je länger der Krieg dauerte, desto kecker traten die Zensoren von Barths Texten auf. Im Winter 1943 liess von Steiger ein Gutachten in seinem Büro anfertigen über das, was mit Barth zu machen sei. In einem heisst es: Die Übertretungen Barths seien seit 1939 so ernsthaft gewesen, dass die Nichtbeachtungen der Verbote mit Gefängnis zu bestrafen seien.

5. Schienen in die Nachkriegszeit

In den Kriegsjahren findet sich bei Barth keine Äußerung über den russischen Kommunismus. Er lehnte ihn wie Leonhard Ragaz von der Revolution 1917 an ab. 1935 sagte er in den Basler Nachrichten, dass der Nazistaat in seinen Zumutungen an die Kirche «sein wahres, das heisst sein bolschewistisches Gesicht» zeige. 1940 ließ er die Sätze drucken: Die Notwendigkeit der Abwehr gegenüber dem Russland Stalins stehe uns allen vor Augen. Aber noch nötiger sei heute die Abwehr der deutschen «Revolution des Nihilismus». Wiederum erteilte Ernst von Weizsäcker im Berliner Aussenministerium den deutschen Gesandtschaften im Ausland seit 1942 die Parole, die auch in Bern Eindruck machte: Deutschland steht an der Spitze Europas im Krieg gegen die «ewige Versklavung durch den jüdischen Bolschewismus.» Als im Februar 1945 der Journal de Genève Barth als «Chef de la Résistance» gegen den National-Sozialismus lobte, legte der Chef im Politischen Departement davon ein Exemplar in die Akte Barth und schrieb dazu: «Die Zeitung scheint zu vergessen oder zu leugnen, dass die von ihr gepriesene Orientierung [durch Barth] vielmehr sozialistisch-marxistisch war und dass alles, was Barth Berlin vorgeworfen hat, ebenso Moskau vorzuwerfen ist, ohne dass Barth das wahrnimmt.» So früh wurde schon der Vorwurf der Moskauhörigkeit als Mittel der Verunglimpfung eingesetzt. Man ahnt, wie raffiniert das Versagen gegenüber der rassistischen Aggression des Hitlerregimes verdrängt werden konnte durch Einsatz an der Front, an der doch schon Hitler 1941

kämpfte. Die damals gegenüber Hitler auf der Hut waren, wurden dagegen jetzt als Handlanger Moskaus angeklagt. Wollten sich die Versager von gestern durch solche Anklage ein gutes Gewissen verschaffen? Aber auch Barth erkannte erst 1946, dass es die Sowjets waren, die Auschwitz befreit und Berlin besiegt hatten.

Zuvor schon hatten sich Barth die Probleme der Nachkriegszeit im Blick auf die Lage in Ungarn gezeigt. Im März 1944 erschien dort Adolf Eichmann, um nach der deutschen Besetzung Ungarns sofort die Deportation von einer Million ungarischer Juden nach Auschwitz zu organisieren. Die jüdische Gemeinde in Zürich hörte davon und dies, wie beherzt sich dem der Schweizer Konsul Carl Lutz unter Mithilfe von Pfarrer Albert Bereczky entgegenstellte, in der Hoffnung, dass die heranrückende Rote Armee diesem Morden bald ein Ende mache. Rabbiner Zwi Taubes informierte am 25. Juni Barth darüber, und der wandte sich sofort an Bundesrat Ernst Nobs: «Für Hunderttausende der Betroffenen ist alle Hilfe heute schon [...] zu spät. [...] Noch ist es nicht ausgeschlossen, dass Hunderttausende gerettet werden könnten.» Jetzt war die Schweizer Regierung bereit zur Aufnahme von Juden. So konnten einige Hundert gerettet werden. Im Gegenüber der NS-freundlichen, antibolschewistischen Haltung hier und der projüdischen und für einen Frieden mit Russland eintretenden Stellungnahme unter Reformierten Ungarns dort kündigte sich der Ost-West-Gegensatz nach dem Krieg an. Da begann eine neue dunkle Geschichte «im Namen der Schweizer Neutralität»... Ich schliesse mit dem Ausdruck der Hoffnung auf eine Christenheit, die aus der jetzt besprochenen Geschichte lernt für ein verantwortliches Wachsein gegenüber den heutigen riesigen Gefahren.

Eberhard Busch ist Barth-Forscher und Barth-Biograph. Er war dessen Assistent, arbeitete als Pfarrer in Uerkheim, Kanton Aargau und als Professor in Göttingen. eberhard.busch@ theologie.uni-goettingen.de